

A4-Beschluss: Solidarität statt Tradition - für ein neues Zusammenleben!

Antragsteller*in: GJ BUKO
Tagesordnungspunkt: 6. Visionen

Antragstext

795 Seitdem die traditionelle Kleinfamilie aus Vater, Mutter, Kindern mit der
796 Industrialisierung zum vorherrschenden Familienbild wurde, hat sich viel
797 verändert in unserem Zusammenleben: Durch medizinische Errungenschaften, durch
798 Sozialversicherungssysteme, die rechtliche Gleichstellung von Frauen, durch
799 Verhütung, die Ehe für Alle und nicht zuletzt auch durch den steten Wandel
800 gesellschaftlicher Vorstellungen gibt es heute mehr Akzeptanz für
801 gesellschaftliche Vielfalt. Doch wir sehen gleichzeitig vor allem in den letzten
802 Jahren auch ein zunehmendes Erstarken konservativer, rückwärtsgerichteter Kräfte
803 und Menschen, die sich von gesellschaftlichen Errungenschaften bedroht fühlen.
804 Ein diffuses Bedürfnis nach Sicherheit und Zusammenhalt in einer sich schnell
805 verändernden Welt gibt rechten Kräften Auftrieb, die auf Spaltung und
806 Ausgrenzung setzen. Mit dem Versprechen von Sicherheit durch eine Rückkehr zu
807 überkommenen Familien- und Gesellschaftsmodellen schaffen Parteien wie die AfD
808 oder die CDU/CSU ein falsches Feindbild einer offenen Gesellschaft.
809
810 Diese Politik verkennt, dass nicht der gesellschaftliche Fortschritt für dieses
811 Gefühl der Unsicherheit verantwortlich ist, sondern eine Politik, die die Schere
812 zwischen Arm und Reich weiter aufgehen lässt und unsere Sozialsysteme aushöhlt.
813 Die Große Koalition und die vorangegangene Schwarz gelbe Regierung hat es in den
814 letzten Jahren versäumt, sich den aktuellen Fragen, die unser Zusammenleben
815 betreffen, zu stellen. Noch immer leiden Menschen in sozialen Berufen von der
816 Kinderbetreuung bis hin zur Altenpflege unter schlechten Arbeitsbedingungen und
817 schlechter Bezahlung. Alleinerziehende und ältere Menschen sind durch ein hohes
818 Armutsrisiko bedroht, jedes sechste Kind in unserer Wohlstandsgesellschaft
819 wächst armutsgefährdet auf. Zusammenleben und Anschlusshalten auf dem Land wird
820 durch eine fehlende Infrastruktur der täglichen Daseinsvorsorge und des ÖPNV
821 zunehmend erschwert. Aber Einsamkeit ist nicht nur auf dem Land ein Problem,
822 auch das Zusammenleben in der Großstadt kann zu fehlender Teilhabe und dem
823 Gefühl, zwischen etlichen Menschen dennoch alleine zu sein, führen, weil Räume
824 und Angebote fehlen, die - unabhängig vom Geldbeutel - zur sozialen Interaktion
825 und zum Zeitverbringen einladen. Die leere Floskel "Heimat" bietet für diese
826 realen Probleme keine Antwort. Denn nicht von außen wird eine geschützte und
827 romantisierte Heimat, bedroht, sondern die aktuelle Politik, die soziale
828 Ungleichheit befördert, bedroht den gesellschaftlichen Zusammenhalt.
829
830 Auch das Patriarchat ist noch immer allgegenwärtig. Tradierte Geschlechterrollen
831 bestimmen vielerorts unseren Alltag: Frauen leisten den Großteil unbezahlter
832 Sorge- und Reproduktionsarbeit, steuerliche Modelle wie das Ehegattensplitting
833 unterstützen veraltete Rollenbilder. Zudem werden weibliche Sexualität und
834 weibliche Körper bewertet und zu reglementieren versucht. Es wird
835 gesellschaftlich sanktioniert, wenn vorallem Frauen sich patriarchalen
836 Vorstellungen nicht unterordnen wollen. Für uns ist klar, dass unser
837 Zusammenleben frei von überkommenen Normen und eingrenzenden gesellschaftlichen

838 Vorstellungen überall und in jedem Lebensbereich möglich sein muss. Doch damit
839 wir nicht weiterhin in alten Rollenbildern und Normen verharren und
840 gesellschaftlicher Zusammenhalt mehr als eine leere Formel wird, liegt es an
841 uns, Visionen für das Zusammenleben abseits tradierter Familienmodelle, die
842 Abschaffung des Patriarchats und die Überwindung von Armut zu formulieren,
843 anhand derer wir sowohl konkrete Vorschläge für die Tagespolitik machen als auch
844 langfristige visionäre Projekte entwickeln können.

845 **1. Verschiedenheit ermöglichen - beginnen wir mit dem Familienvertrag.**

846 Wir wünschen uns eine Gesellschaft, in der alle ohne Angst verschieden sein
847 können, in der Solidarität keine reine Floskel darstellt, Menschen selbst
848 entscheiden können ob, wen und wie sie lieben oder mit wem sie Sex haben und
849 trotz aller Unterschiede Menschen zusammen-, nicht nur nebeneinanderherleben.
850 Dafür braucht es ein neue Organisation von Gemeinschaft. Statt auf individuelles
851 oder auf die Kleinfamilie begrenztes Streben nach Bedürfnisbefriedigung zu
852 setzen, wollen wir neue Möglichkeiten für Solidarität, Gemeinschaft und
853 Verantwortungsübernahme schaffen und eine Vision von Familie schaffen, die dafür
854 offen ist.

855 Was ist Familie in diesem Sinne dann und was soll sie sein? Für uns ist Familie
856 nicht nur Mutter-Vater-Kind(er). Familien sind für uns Menschen, die
857 entscheiden, füreinanderzuzorgen und miteinanderzuleben, kurz gesagt:
858 füreinander Verantwortung zu übernehmen. Die Unterschiedlichkeit von
859 Familienkonzepten ist gerade das, was wir uns für eine Gesellschaft wünschen.
860 Egal ob Alleinerziehende mit Kind, Patchwork,co parenting, das
861 gleichgeschlechtliche Pärchen, Menschen, die in einer polygamen Beziehung leben,
862 oder die drei Freund*innen, die gemeinsam entscheiden, zusammenleben zu wollen:
863 Aufgabe des Staates muss es sein, alle Formen des Zusammenlebens in ihrer
864 Unterschiedlichkeit lebenswert zu machen, rechtlich abzusichern und kein
865 patriarchales Familienmodell finanziell besser stellen. Familie ist also da, wo
866 Kinder sind - aber Familie geht auch darüber hinaus. Denn für wen und wie wir
867 Verantwortung übernehmen wollen, sollen künftig alle Menschen selbst entscheiden
868 können. "Blut ist dicker als Wasser" ist für uns keine zeitgemäße
869 Familiengrundlage, Familie ist längst keine Schicksalsgemeinschaft mehr und soll
870 es auch nicht wieder werden.

871
872 Statt an Ewiggestrigem festzuhalten, fordern wir deshalb einen Aufbruch in der
873 Familienpolitik. Statt an der Ehe als Vertrag zwischen zwei Menschen
874 festzuhalten, fordern wir, dass alle Familienmodelle gleichermaßen staatlich
875 unterstützt werden. In unserer Vorstellung verdienen zwei gleichgeschlechtliche
876 Paare, die zusammen Kinder aufziehen möchten oder das Alleinerziehende
877 Elternteil genauso staatliche Unterstützung, wie eine aktuell noch zur Norm
878 erhobene Mutter-Vater-Kind-Kleinfamilie. Alle Familien - mit und ohne Kinder -
879 sollen sich rechtlich absichern können, um z.B. unbürokratisch Auskunftsrechte
880 in Not- oder Krankheitsfällen wahrnehmen zu können.. Das ermöglichen soll ein
881 Familienvertrag. Dafür muss der starre Ehebegriff im Grundgesetz außerdem durch
882 einen vielfältigen Familienbegriff ersetzt werden. Ein solcher Familienvertrag
883 soll die Ehe ablösen und zu einer gleichberechtigten Absicherung aller
884 Familienmodelle führen.

885
886 Dadurch beenden wir steuerliche Modelle, die Einverdiener*innenehen fördern, was
887 meist mit einer geringeren Erwerbstätigkeit und finanzieller Abhängigkeit von
888 verheirateten Frauen einhergeht. So muss zu allererst und sofort das
889 Ehegatt*innensplitting abgeschafft werden. Aber auch andere jetzige finanzielle
890 Vorteile einer Ehe wie zum Beispiel Freibeträge für Kapitalerträge, Schenkungen,
891 höhere Erbschaftssteuererfreibeträge und Immobilienübertragungen, die an
892 Eherpartner*innen übertragen werden können. Hinterbliebenenrenten müssen

893 überdacht werden und gegebenenfalls an Familienverträge angepasst oder
894 abgeschafft werden.
895 Außerdem muss sich die staatliche Förderung und Besteuerung mehr an den
896 Bedürfnissen von Familien mit Kindern oder mit aufgrund von Erwerbsunfähigkeit
897 sowie Alter nicht mehr erwerbstätigen Familienmitgliedern orientieren. Deshalb
898 fordern wir die Einführung eines Systems der individuellen Besteuerung bei
899 gleichzeitiger Einführung einer Grundsicherung für Rentner*innen und einer
900 Kindergrundsicherung sowie einer Erhöhung und Flexibilisierung anderer
901 Sozialleistungen, die die Kindererziehung finanziell unterstützen. Nicht zuletzt
902 scheitern Anträge auf finanzielle Unterstützung nicht an der Berechtigung,
903 sondern an einem hohen bürokratischen Aufwand oder unnötigen Hürden, die
904 lediglich einer perfiden Logik der "richtigen" Anreizpolitik folgen. Deshalb
905 fordern wir einen einfacheren Zugang zu Sozialleistungen und ein Ende dieser
906 Gängelung.

907 **2. Gemeinschaft ist mehr als Kleinfamilie - Viel-Generationenhaus statt**
908 **Eigentumswohnung!**

909 Gemeinschaft und Solidarität sehen wir als Antwort auf Vereinzelung und den
910 Versuch, die Interessen verschiedene Personengruppen gegeneinander auszuspielen
911 oder aufzuzwiegen.
912 Doch wenn wir konstatieren, was fehlt, dann wird auch klar, dass unserere Vision
913 eines solidarischen Miteinander nicht ohne eine grundlegende Veränderung der
914 gesellschaftlichen Verhältnisse verwirklicht werden kann: Konkurrenzdenken und
915 das permanente Ausspielen verschiedener Gruppen gegeneinander können wir ohne
916 den Leistungszwang und die Verwertungslogik des kapitalistischen Systems
917 beenden. Der Zweck der Familie darf nicht ihren Höhepunkt in ihrer Funktion als
918 Wirtschaftseinheit finden, genauso wenig stellen wir uns die Familie als letzten
919 Rückzugsort vor. Gemeinschaft in der eigenen Familie oder vielleicht noch im
920 eigenen Stadtviertel darf nicht die Ablehnung der Menschen in der nächsten
921 Straße oder auch drei Orte weiter bedeuten. Für uns bedeutet das zunächst, neue
922 Formen des Zusammenlebens zu entdecken.

923
924 Wir wollen aktive Dörfer und Stadtviertel in denen Nachbar*innenschaft gelebt
925 wird, in denen man sich kennt - wenn man möchte - und sich unterstützt, wie man
926 kann.

927 Die Förderung von Wohnprojekten, etwa für mehrere Generationen oder auch für
928 verschiedene Familienkonstellation und Lebensweisen, und auch von
929 Stadtteilzentren könnten eine erste Maßnahme sein, Menschen, die Kontakt zu
930 anderen suchen, diesen zu ermöglichen. Gerade bei Wohnprojekten könnte ein
931 weiterer wichtiger Faktor Berücksichtigung finden: Sozialer Wohnungsbau.
932 Besonders in Städten ist die Möglichkeit, genau so zu leben, wie man gerne
933 möchte, eine finanzielle Herausforderung. Bezahlbarer Wohnraum gewährleistet
934 nicht nur das Recht auf Wohnen, sondern kann zur Entwicklung eines neuen
935 Miteinanders beitragen. Es dürfen keine ganze Gesellschaftsschichten aus
936 bestimmten Vierteln und ganzen Städten verdrängt werden, denn so findet eine
937 Segregation verschiedener gesellschaftlicher Gruppen statt und eine
938 gesamtgesellschaftliche Solidarität wird verhindert statt sie zu befördern.
939 Stattdessen wollen wir Viertel, in denen die verschiedensten Menschen
940 zusammenleben. Wird der Wohnraum zudem so gestaltet, dass er Platz für
941 Miteinander in Gemeinschaftsgärten oder Innenhöfen, Großküchen und
942 Aufenthaltsräumen bietet, kann das maßgeblich zur Entwicklung von Gemeinschaft
943 beitragen. Es geht allgemein darum, Orte der Begegnung und des Miteinanders zu
944 schaffen und zu unterstützen. Diese Räume sollen Menschen unabhängig ihrer
945 Herkunft oder ihres Geldbeutels zur Verfügung stehen.
946 Ein vernünftig ausgebauter, ticketloser Nah- und Fernverkehr - der unserer
947 globalisierten Welt Rechnung trägt, soll den Menschen ermöglichen nicht nur vor

948 Ort zuhause zu sein, sondern an vielen Orten.

949 **3. Armut muss ein Ende finden!**

950 Doch wir stehen vor einem weiteren Problem: Unserem Wirtschaftssystem ist nicht
951 nur der Konkurrenzgedanke, sondern auch die Armut einiger Menschen inhärent. Das
952 wollen wir nicht hinnehmen. Wir wollen, dass niemand in Armut leben muss. Wer
953 schon die eigene Lebensgrundlage nicht sicherstellen kann oder sich vor Armut im
954 Alter fürchtet, wird ein solidarisches Miteinander erschwert. Uns geht es nicht
955 darum, die Hartz IV-Sätze um ein paar Euro aufzustocken oder Elternfreibeträge
956 einen Ticken zu erhöhen. Das gute Leben für alle bedeutet, dass alle Menschen
957 genug haben, um zu leben, statt nur zu überleben. Dazu gehört gesellschaftliche
958 Teilhabe genauso wie ein angenehmer Lebensstandard, der es ermöglicht, nicht
959 mehr jeden Euro umdrehen zu müssen - und zwar unabhängig von Lohnarbeit!

960
961 Gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht das aktuelle Soziale Sicherungssystem
962 gerade nicht. Hartz IV entspricht nicht ansatzweise den Anforderungen einer
963 existenzsichernden Grundsicherung, geschweige denn einen akzeptablen
964 Lebensstandard und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Die Regelsätze
965 müssen deshalb sofort angehoben werden – und das auf ein Niveau, das nicht nur
966 die Existenz, sondern gesellschaftliche Teilhabe sichert. Dem widerspricht, dass
967 Menschen das Existenzminimum gekürzt bekommen. Wir fordern die Sanktionspraxis
968 sofort einzustellen und Hartz IV-Sanktionen generell abzuschaffen. Das ist das
969 Minimum!

970 Darüber hinaus wollen wir ein Bedingungsloses Grundeinkommen einführen. Dafür hat
971 die GRÜNE JUGEND bereits 2007 und 2012 Konzepte vorgelegt. Das BGE soll dabei
972 Sozialleistungen nicht ersetzen, wird aber einzelne Maßnahmen überflüssig
973 machen. Für uns ist das BGE keine Utopie und kein Allheilmittel. Es lässt
974 grundsätzliche Fragen über unsere Wirtschaftsweise unberücksichtigt. Doch es ist
975 ein Schritt hin zu einer Gesellschaft, in der niemand in Armut leben und zur
976 Existenzsicherung auf Lohnarbeit angewiesen ist.

977 Es soll nicht länger einen Zwang zur Lohnarbeit geben. Das gilt natürlich in
978 besonderem Maße für die Menschen, die nicht nur für sich selbst sondern auch für
979 andere - besonders auch pflege- oder betreuungsbedürftige - Menschen
980 Verantwortung übernommen haben. Natürlich ist uns klar, dass das Ende der
981 Lohnarbeit nicht von heute auf morgen möglich ist. Und es ist wichtig zu
982 erkennen: Auch wenn es keinen Zwang zur Lohnarbeit mehr gibt, wird
983 Produktivität, also auch Arbeit, immer nötig sein, um Leben und Lebensstandards
984 zu ermöglichen. Diese soll aber ein Beitrag zur Gesellschaft, kein Mittel zum
985 Überleben sein.

986 **4. Wir starten die Care Revolution!**

987 Carearbeit wird es immer geben: auch wenn die Digitalisierung weit
988 voranschreitet und es ein Ende des Lohnarbeitszwangs gibt, es werden trotzdem
989 immer Menschen Fürsorge brauchen. Und das ist auch gut so. Eine Gesellschaft
990 lebt davon, dass die Menschen in ihr sich Gedanken umeinander machen, sich
991 umeinander kümmern und füreinander Verantwortung übernehmen. Eine solidarische
992 Gesellschaft kann es ohne diese Verantwortungsübernahme nicht geben. Doch sich
993 alleine darauf zu verlassen, dass die Einzelnen sich schon kümmern werden - im
994 Zweifelsfall diejenigen, die sich nicht dagegen wehren können - das kann keine
995 dauerhafte Lösung sein.

996 Die Pflege der Alten, die Unterstützung für Kranke und die Erziehung der Kinder
997 sehen wir als öffentliche Angelegenheit! Das bedeutet nicht, dass Menschen nicht
998 weiterhin privat füreinander sorgen werden. Aber es bedeutet, dass die gesamte
999 Gesellschaft und damit auch der Staat die Verantwortung haben, Sorgearbeit zu
1000 gewährleisten. Sorgearbeit darf nicht weiter in den unsichtbaren, privaten Raum

1001 zurückgedrängt, sondern muss politisch ausgehandelt werden!
1002 Wir wollen die Freiheit zu entscheiden: Wer will für wen sorgen, wer will von
1003 wem umsorgt werden? - Ohne dass Menschen unter Zugzwang geraten, weil es
1004 niemanden gibt, der die eigene Mutter sonst pflegen oder für die Kinder kochen
1005 würde.
1006
1007 Wie kann es sein, dass es noch immer Frauen sind, die den Großteil der
1008 reproduktiven Arbeit leisten? Die althergebrachte Forderung, Frauen in den
1009 Produktionszyklus miteinzubinden, ist ihrer Verwirklichung inzwischen sehr viel
1010 näher. Nur ihr Ziel - nämlich reproduktive Arbeit neu zu verteilen und so zur
1011 Emanzipation der Frau aus ihrer Abhängigkeit zu kommen, hat sich nicht erfüllt.
1012 Stattdessen stellt sich zunehmend eine Doppelbelastung aus produktiver
1013 Lohnarbeit und und reproduktiver unbezahlter Arbeit her. Es liegt nicht in "der
1014 Natur der Frau" die Hausarbeit zu machen und dennoch hat sich die "weibliche
1015 Rolle" in den letzten Jahren nicht etwa aufgelöst, sondern trägt weiterhin dazu
1016 bei Frauen zu unterdrücken - diese Machtverhältnisse aufzulösen, ist unser Ziel.
1017 In den letzten Jahren erleben wir immer stärker, dass Tätigkeiten, die in der
1018 Vergangenheit als Hausarbeit galten und privat ausgeführt wurden, in
1019 Erwerbsarbeit überführt werden. Diese Entwicklung begrüßen wir grundsätzlich, da
1020 sie die patriarchale Trennung zwischen der öffentlichen und privaten Sphäre
1021 auflockert und zur Entlohnung von bisher unbezahlter Arbeit führt. Dafür sind
1022 Frauen auch diejenigen, die im neuen Dienstleistungssektor Pflege, Erziehung,
1023 Putzen und Bedienen auch in Lohnarbeit wieder zum großen Teil übernehmen. Die
1024 Bezahlung ist oft mies, die Arbeitsbedingungen bestimmen sich aus einer Mischung
1025 aus finanziellem und zeitlichen Druck.
1026
1027 Dieses Problem betrifft uns alle. Denn im Laufe ihres Lebens sind fast alle
1028 Menschen auf Pflege, Betreuung oder Versorgung angewiesen – und das oftmals
1029 unter Umständen, in denen sie besonderen Schutz benötigen. Doch die Zustände in
1030 Pflege- und Betreuungseinrichtungen stellen in Frage, ob dieser Schutz im Moment
1031 gewährleistet werden kann. In der Pflege sind im Moment 17.000 Stellen
1032 unbesetzt, laut Bertelsmann-Studie fehlen knapp 100.000 Erzieher*innen.
1033 SPD und Union haben sich in ihrem Koalitionsvertrag darauf geeinigt, 8000 neue
1034 Pflegestellen im Rahmen eines Sofortprogrammes zu schaffen – obschon deutlich
1035 ist, dass der Bedarf um ein Vielfaches höher ist und es sich lediglich um
1036 Augenwischerei handelt, nicht um eine tiefgreifende Verbesserung im
1037 Pflegesektor. Konkrete Vorschläge, wie das Anwerben von Fachkräften aus dem
1038 Ausland, die vermeintlich eher bereit seien, bei niedrigem Lohn schlechte
1039 Arbeitsbedingen auszuhalten, verdeutlichen, dass die schlechten Bedingungen der
1040 Sorgearbeit nicht angegangen, sondern bloß auf andere Frauen umverteilt werden
1041 sollen. Es findet real keine Verbesserung der Lebenssituation von Pflegenden
1042 und damit von v.a. vielen Frauen statt und auch die gesellschaftlichen
1043 geschlechtsspezifischen Zuschreibungen werden höchstens um eine rassistische
1044 Komponente ergänzt.
1045 Wir fordern deshalb, dass Sorgearbeit von gut ausgebildeten und gut bezahlten
1046 Fachkräften ausgeübt werden soll. Es braucht viel mehr qualifiziertes Personal,
1047 um die angespannte Personalsituation zu entlasten. Tägliche Überstunden, das
1048 Nichteinhalten der gesetzlichen Ruhezeiten und Vertretungsdienste an freien
1049 Tagen dürfen nicht länger die Regel sein!
1050 Damit verbunden muss auch bei der Qualität in Krankenhäusern und
1051 Pflegeeinrichtungen nachgebessert werden, schon alleine, um das Personal auch im
1052 Arbeitsfeld zu halten.
1053
1054 In Einrichtungen der Kindertagesbetreuung aber auch in Altenheimen sind die
1055 Wartelisten oftmals sehr lang und selbst wenn man endlich bei der Vergabe
1056 berücksichtigt wird, bedeutet dies nicht, dass man einen bedarfsgerechten Platz

1057 erhält. Wir fordern daher, dass verbunden mit einem Ausbau der Qualität auch
1058 eine Erweiterung des Angebots einhergeht, die an den Lebensrealitäten von
1059 Menschen orientiert ist. Kritisch sehen wir jedoch Angebote, die zu einer
1060 weiteren Entgrenzung des Arbeitsmarktes beitragen könnten – nur weil es 24
1061 Stunden KITAS gibt, was grundsätzlich besonders für Menschen im Schichtdienst
1062 auch zu begrüßen ist, sollten Arbeitnehmer*innen niemals gezwungen werden
1063 können, dieses Angebot auch zu nutzen. Betreuungsangebote sollten vor allem die
1064 Bedürfnisse von Familien berücksichtigen, nicht zuvorderst die des
1065 Arbeitsmarktes.

Begründung

Erfolgt mündlich.